



Die deutsche G20 Präsidentschaft 2017

Erwartungen an die deutsche Präsidentschaft: Energie- und Klimapolitik



Die deutsche Bundesregierung hat seit dem 1.12.2016 für ein Jahr die Präsidentschaft der "Gruppe der 20", der G20, inne. In diesem Papier formuliert der NABU seine Haltung gegenüber und Erwartungen an die G20 und insbesondere deren deutsche Präsidentschaft im Bereich Energie- und Klimapolitik.

Hintergrund

Die völkerrechtlich verbindlichen Ziele des Pariser Klimaabkommens, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad zu begrenzen und Anstrengungen für eine Begrenzung auf 1,5 Grad zu unternehmen, erfordern eine schnelle Reduktion der Treibhausgasemissionen. Dazu ist der weltweite Umbau des Energie- und Verkehrssystems notwendig mit dem Ziel, vollständig auf fossile Energieträger zu verzichten. Schon heute sind die Zuwachsraten von Photovoltaik- und Windenergieanlagen im Energiemix deutlich höher als prognostiziert und die Zahl der Arbeitsplätze in den Bereichen erneuerbare Energien liegt deutlich über der, im Bereich der fossilen Energieerzeugung.

Die G20 repräsentieren die 20 größten Volkswirtschaften der Welt, die für rund 80 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich sind. Schon heute sind die Folgen des Klimawandels an vielen Orten deutlich spürbar. Dazu gehören so verheerende Auswirkungen wie mehr Extremwetterereignisse, klimawandelbedingte Missernten und der Anstieg des Meeresspiegels. Diese bedrohen besonders stark die verwundbaren Staaten des globalen Südens. Die G20 können und dürfen sich ihrer (historischen) Verantwortung nicht entziehen und müssen den Ausstoß von Treibhausgasen in ihren Ländern, aber auch in anderen Ländern, wo sie sie verursachen, schnell senken und mittelfristig komplett auf die Verbrennung fossiler Kohlenwasserstoffe verzichten.

Neue Initiativen notwendig

Die Abkehr der USA vom Pariser Klimaabkommen kurz nach dem G7 Gipfel 2017 war ein fatales Zeichen für den Multilateralismus. US-Präsident Donald Trump hat seinen Ausstieg mit Lügen begründet und sich und sein Land damit selbst ins Abseits manövriert. Denn unmittelbar nach seinem Statement haben die übrigen größten Volkswirt-

Kontakt

NABU-Bundesgeschäftsstelle

Sebastian Scholz
Teamleiter Energiepolitik und Klimaschutz

Tel. +49 (0)30.28 49 84 16 17

Fax +49 (0)30.28 49 84 36 17

Sebastian.Scholz@NABU.de

Das Klimaabkommen von Paris

Im Dezember 2015 wurde in Paris das Klimaabkommen geschlossen und von Vielen begrüßt, wenn nicht gar gefeiert. Es legt fest, dass die weltweite Klimaerwärmung auf unter 2Grad begrenzt werden soll. Nun aber, anderthalb Jahre später, ist es dringend an der Zeit, dass die Staaten dieses Abkommen auch in Taten umsetzen, damit es nicht ein leeres Versprechen bleibt. Zeit ist knapp.

schaften ihr Bekenntnis zum Klimaschutz erneuert und damit die USA in dieser Hinsicht weiter isoliert.

In den vergangenen Jahren hat die US-Administration unter dem damaligen Präsidenten Barack Obama gemeinsam mit China eine Vorreiterrolle in Sachen Klimaschutz eingenommen und so einen maßgeblichen Anteil am Zustandekommen des internationalen Klimaabkommens von Paris gehabt. Nachdem die USA in dieser Hinsicht kein verlässlicher Partner mehr sind, muss die Bundesrepublik ihre G20-Präsidentschaft dazu nutzen, dass beim Klimaschutz die Akteure näher zusammenrücken und notfalls die aktuelle US-Administration isolieren. Es müssen neue Allianzen geschmiedet werden, um die Lücke, die die USA hinterlassen, zu füllen. Deutschland muss das Forum der G20 nutzen um für die Vorreiterschaft der EU zu werben. Allerdings darf Klimaschutz dann auch kein Lippenbekenntnis bleiben. Innerhalb der EU muss das Pariser Klimaabkommen beschleunigt werden und Maßnahmen zur Erreichung der Klimaschutzziele schnell umgesetzt werden. Auch die Bundesrepublik Deutschland muss in Sachen Klimaschutz noch deutlich mehr tun. Denn als Vorbild und Treiber in Sachen Klimaschutz taugt Deutschland nur, wenn es die eigenen Klimaschutzziele bis 2020 nicht verfehlt und schnell den Ausstieg aus den dreckigsten Kohlekraftwerken einleitet.

NABU Forderungen an die G20 und die deutsche Präsidentschaft in der Energie- und Klimapolitik

Im Bereich der Energie- und Klimapolitik muss sich die deutsche G20-Präsidentschaft dafür einsetzen, dass

- das Bekenntnis zum Pariser Klimaabkommen erneuert wird. Nachdem die USA sich aus dem Paris Agreement zurückgezogen haben, sollten zumindest 19 der G20-Staaten ein klares Statement für den Klimaschutz und für das Pariser Klimaabkommen senden. Außer dem reinen Bekenntnis müssen die nationalen Selbstverpflichtungen (NDCs) auf den Prüfstand und möglichst schnell nachgeschärft werden, um die Umsetzung des Klimaabkommens zu beschleunigen.
- alle G20-Staaten Langfriststrategien für den Klimaschutz entwickeln. Nur mit dem konkreten Ziel vor Augen kann jedes Land effektive Klimaschutzmaßnahmen einleiten und die Wirksamkeit selbiger sinnvoll bewerten.
- die weltweite Dekarbonisierung in allen Sektoren eingeleitet wird. In einem ersten Schritt müssen Subventionen für fossile Energieträger abgebaut werden. Langfristig gebundene Investitionen in Kohle- und Gaskraftwerke dürfen keine Lock-In-Effekte verursachen. Dies wäre ein fataler Fehlanreiz, wenn ein schneller Umbau des Energiesystems von statten gehen soll.
- ein weltweiter CO₂-Preis etabliert wird. Dabei müssen durch die Internalisierung von Klimawandelkosten klimaschädliche Aktivitäten sanktioniert werden. So werden Emissionsminderungen effizient allokalisiert.